

21 Arbeitszeit: Der Kampf um Zeit nimmt seit einigen Jahren in Arbeitskämpfen und
22 der öffentlichen Wahrnehmung an Fahrt auf. Jungen Menschen ist mehr Freizeit
23 wichtiger denn je. Die IG Metall hat zum Beispiel für die Mehrheit ihrer
24 Mitglieder die Angleichung an den Westen mit der Absenkung der Arbeitszeit auf
25 35 Stunden erzielt. Der Kampf um Zeit bleibt bestehen. Wir wollen uns u.a. mit
26 Lebensarbeitszeitkonten auseinandersetzen. Welche Modelle gibt es? Was sind Vor-
27 und Nachteile? Wie könnten staatliche Modelle gestaltet sein? Wie ist es in
28 anderen Ländern (Flexi II Gesetz)?

29 Dazu werden wir mit Expert:innen ins Gespräch kommen und Gewerkschaften aktiv im
30 Arbeitskampf unterstützen.

31 Bildungszeit: Als einziges Bundesland neben Bayern existiert in Sachsen kein
32 Anspruch auf Bildungszeit. Es reicht nicht aus, dass im Koalitionsvertrag der
33 sächsischen Staatsregierung steht, dass die Durchsetzung von Bildungszeit
34 geprüft wird. Fünf Tage Bildungszeit müssen in dieser Legislatur gesetzlich
35 verankert werden. Warum? Die aktuellen Herausforderungen wie Energiekrise,
36 Transformation, Vertrauensverlust in demokratische Institutionen usw. erfordern
37 mündige und jenseits der betrieblichen Weiterbildung geschulte Kolleg:innen in
38 den Betrieben. Wir unterstützen den DGB Sachsen beim Volksantrag, um die
39 Bildungszeit mit vielen Unterschriften untersetzt, zu einem gewichtigen Thema
40 der sächsischen Regierung zu machen.

41 Arbeitsschutz: Beschäftigte müssen vor gesundheitlichen, physischen oder
42 psychischen Belastungen bzw. Krankheiten geschützt werden. Die Anforderungen in
43 der Arbeitswelt nehmen stetig zu. Die im Koalitionsvertrag hinterlegte Aussage,
44 der Arbeitsschutz müsse in der Prävention und Beratung gestärkt werden, ist sehr
45 unkonkret. Wir wollen uns des Themas annehmen und in den Dialog treten u.a. mit
46 der, für Arbeitsschutz zuständigen, Landesdirektion Sachsen. Reicht die aktuelle
47 Personalausstattung aus, um regelmäßig Betriebsbesuche durchzuführen? Werden
48 Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften geahndet und wenn ja, wie? Wie bewerten
49 die betrieblichen Kolleg:innen den Arbeitsschutz im Unternehmen und welche
50 gesetzlichen Regelungen müssen verbessert werden?

51 Betriebsrät:innen schützen und stärken: Dass betriebliche Mitbestimmung zu guten
52 Arbeitsbedingungen führt, steht außer Frage. Umso gravierender sind deshalb
53 zunehmende Versuche von Unternehmern, Mitglieder von Betriebsräten und
54 Initiatoren von Betriebsratswahlen in ihrer Arbeit be- und zu verhindern. Mit
55 dem Betriebsräte Modernisierungsgesetz hat Arbeitsminister Heil wichtige
56 Verbesserungen im Betriebsverfassungsgesetz vorgenommen. Das ist ein guter
57 Schritt, reicht uns aber nicht. Wir setzen uns für einen verbesserten Schutz von
58 Betriebsratsmitgliedern und aktiven Beschäftigten ein. Deshalb werden wir genau
59 darauf blicken, wie die neuen Regelungen umgesetzt werden und ob sie etwas

60 taugen bzw. an welchen Stellen nachgeschärft werden müssen. Eine von
61 Gewerkschaften lancierte Forderung ist die Erfassung von Be- und
62 Verhinderungsversuchen von Unternehmen gegen die Arbeit von Betriebsräten und
63 Initiatoren von BR-Gründungen. Wir fragen beim neu gegründeten Zentrum für
64 Fachkräftesicherung und Gute Arbeit nach Möglichkeiten der Erfassung von
65 Betriebsratsaktivitäten und dem Union Busting von Arbeitgebern.

66 Mitarbeiter:innenbeteiligungsmöglichkeiten: Mitarbeiterbeteiligung bezeichnet
67 ein über das traditionelle Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und
68 Arbeitnehmer hinausgehendes Rechtsverhältnis durch Partizipation.

69 Mitarbeitende, die am Unternehmen beteiligt sind, sind tendenziell zufriedener,
70 motivierter und loyaler. Sie haben das Gefühl, im „eigenen“ Unternehmen zu
71 arbeiten und von den Ergebnissen der eigenen Arbeit zu profitieren. Wichtig ist
72 eine sozial gerechte Möglichkeit der Partizipation zu entwickeln, so dass alle
73 profitieren. Relevant ist in diesem Kontext, dass Mitarbeiter:innen durch eine
74 Beteiligung nicht in „ausbeuterische“ Verhältnisse „genötigt“ bzw. „überredet“
75 werden. Das heißt: Ein ordentliches Grundgehalt ist eine Grundlegende
76 Voraussetzung. Ein ordentliches Mitarbeiter:innenbeteiligungsprogramm kann
77 darüber hinaus Teilhabe am Unternehmen ermöglichen und die Gewinne des
78 Unternehmers fairer auf die Arbeitnehmerschaft umverteilen.

79 Besonders junge Unternehmen, sowie Firmen mit starker Konkurrenz und
80 Fachkräftemangel versuchen über die Möglichkeiten der Beschäftigtenbeteiligung
81 Mitarbeitende langfristig zu binden. Aufgabe einer Sozialdemokratie ist es hier
82 aktiv zu sein und das Gespräch zu Arbeitnehmer:innen zu suchen, zu eruieren
83 welche Beteiligungen gewünscht sind und wie man diese sozial und fair gestalten
84 kann. Auch muss aufgeklärt werden, über die Möglichkeiten und rechtlichen Hürden
85 (z.B. Good-Leaver und Bad-Leaver-Klausel).

86 Steuer- & Sozialsystem fairer gestalten: Die größte Last sollten diejenigen
87 tragen, die am meisten haben. Doch dem ist nicht so. Ein Steuer- und
88 Sozialsystem das fair ist, gleicht stärker aus. Hierfür ist es wichtig die
89 Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungsbeiträge abzuschaffen oder
90 extrem hoch anzusetzen, sodass künftig alle mit gleichem Anteil dort beteiligt
91 sind. Um einem Run auf die privaten Krankenkassen vorzubeugen, müssen Lösungen
92 entwickelt werden.

93 Nur eine grundlegende Reform im Sozialversicherungssystem beugt vor, dass das
94 System immer ungerechter wird, da die Beiträge für die Renten-, Kranken- und
95 Pflegekassen deutlich steigen werden. Prozentual machen schon heute bei vielen
96 Beschäftigten (insb. mit kleinen Einkommen) die Sozialversicherungsabgaben
97 deutlich mehr aus, als die Steuerlast.

98 Zudem soll, aus Gerechtigkeitsaspekten, die Kapitalertragssteuer wie die
99 Lohnsteuer progressiv gestaltet werden und nicht pauschal bei 25 Prozent liegen.

100 Parteiarbeit: Wir wollen und werden neben den inhaltlichen Veranstaltungen und
101 der aktiven Unterstützung der Gewerkschaften im Streik auch in der Partei zu
102 Wort melden. Dazu haben wir für die Landeskonzferenz Anträge vorbereitet, die in
103 die Partei wirken und zu SPD Partei Beschlüssen und hoffentlich auch politischem
104 Handeln im Sinne der Beschäftigten in werden.

105 Es muss in den Mandaten und Ämtern in unserer Partei noch sichtbarer werden,
106 dass wir die Partei der Arbeit sind. Das machen wir sichtbar, indem
107 Beschäftigtenvertreter:innen für die Sozialdemokratie in Parlamenten aller
108 Ebenen und natürlich in entscheidenden Parteiämtern aktiv sind. Hier gibt es
109 garantiert noch Potentiale.

110 Wir sind im Moment in Sachsen regional besonders stark in Leipzig vertreten.
111 Aber auch in der Region Dresden gibt es viele Aktive. Hier wollen wir
112 Genoss:innen dabei begleiten, eine neue regionale AfA Struktur zu etablieren.

113 Arbeit ist auch für viele Genoss:innen ein wichtiger Bereich in ihrem Leben. Wir
114 möchten mehr Genoss:innen in Sachsen dafür gewinnen, sich in der AfA Sachsen
115 aktiv zu beteiligen und eigene Projekte, wie z.B. Veranstaltungen,
116 Streikunterstützungen uvm in ihrem direkten Umfeld aufzubauen und umzusetzen.
117 Dies wollen wir erreichen, indem wir noch präsenter für die schon stattfindenden
118 AfA-Veranstaltungen in Sachsen werben sowie interessierte Genoss:innen
119 umfangreich informieren und wenn möglich direkt in die schon vorhandenen AfA
120 Sachsen-Projekte einbinden. Dafür wollen wir bei Bedarf Online-Sprechstunden für
121 Interessierte anbieten.

122 Öffentlichkeitsarbeit: In den letzten beiden Jahren wurde die Webpräsenz der AfA
123 Sachsen aufgebaut und es erfolgte auch regelmäßig Pressearbeit. Das gilt es noch
124 mehr auszubauen. Wir müssen außerdem auch in den sozialen Netzwerken präsenter
125 werden. Hier gibt es noch Potentiale. Diese Herausforderung wollen wir angehen.